

DIGITALES ARCHIV

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Syrovatka, Felix; Schneider, Etienne; Sablowski, Thomas

Book

Zwischen stiller Revolution und Zerfall : der Kapitalismus in der Europäischen Union nach zehn Jahren Krise

Provided in Cooperation with:

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin und Brüssel

Reference: Syrovatka, Felix/Schneider, Etienne et. al. (2018). Zwischen stiller Revolution und Zerfall : der Kapitalismus in der Europäischen Union nach zehn Jahren Krise. 1. Auflage. Berlin : Rosa Luxemburg Stiftung.

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/11159/2967>

Kontakt/Contact

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel (Germany)
E-Mail: [rights\[at\]zbw.eu](mailto:rights[at]zbw.eu)
<https://www.zbw.eu/>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte. Alle auf diesem Vorblatt angegebenen Informationen einschließlich der Rechteinformationen (z.B. Nennung einer Creative Commons Lizenz) wurden automatisch generiert und müssen durch Nutzer:innen vor einer Nachnutzung sorgfältig überprüft werden. Die Lizenzangaben stammen aus Publikationsmetadaten und können Fehler oder Ungenauigkeiten enthalten.

<https://savearchive.zbw.eu/termsfuse>

Terms of use:

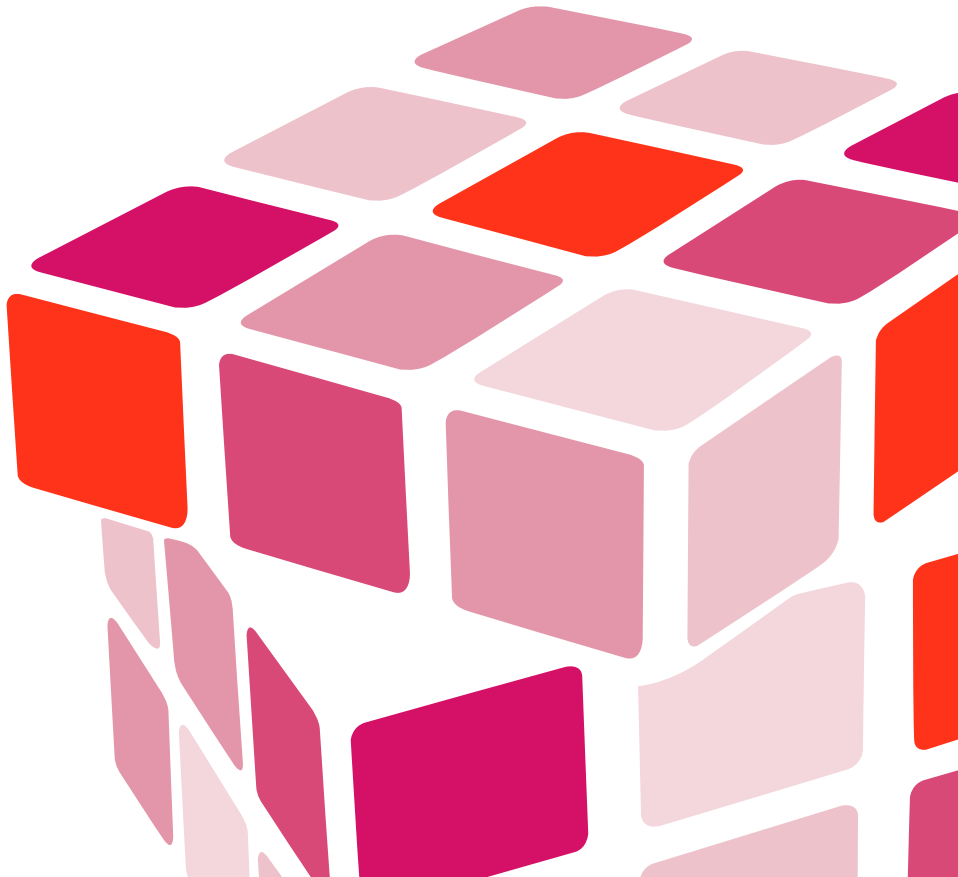
This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence. All information provided on this publication cover sheet, including copyright details (e.g. indication of a Creative Commons license), was automatically generated and must be carefully reviewed by users prior to reuse. The license information is derived from publication metadata and may contain errors or inaccuracies.

GESELLSCHAFT

ZWISCHEN STILLER REVOLUTION UND ZERFALL

**DER KAPITALISMUS IN DER EUROPÄISCHEN
UNION NACH ZEHN JAHREN KRISE**

**FELIX SYROVATKA, ETIENNE SCHNEIDER
UND THOMAS SABLowski**



INHALT

Vorbemerkung	2
1 Liegt die ungleiche Entwicklung an den Löhnen?	4
2 Europäisierung des Lohnverhältnisses?	5
3 Krisenlösung auf Kosten der Lohnabhängigen	9
4 Die Vertiefung der Nord-Süd-Spaltung	17
5 Italien als neuer Verdichtungspunkt der Widersprüche	22
6 Schlussfolgerungen	24
Literatur	27

VORBEMERKUNG¹

Im Herbst 2008 erreichte die Kernschmelze im globalen Finanzsystem ihren Höhepunkt. Die Herrschenden schießen die Lektion der 1930er Jahre gelernt zu haben: Koordinierte Zentralbankinterventionen, Bankenrettungspakete und Konjunkturpakete im Umfang von vielen Hundert Milliarden Dollar verhinderten den totalen Zusammenbruch des Finanzsystems und der Weltwirtschaft. Der Preis dafür war freilich ein noch rapider Anstieg der Haushaltsdefizite und der Staatsverschuldung, die sich ohnehin aufgrund der krisenbedingt wachsenden Massenarbeitslosigkeit, der wegbrechenden Steuereinnahmen und der ansteigenden Sozialausgaben ausweiteten. Daraufhin verloren die KapitalanlegerInnen das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit von Staaten mit einer schwachen Produktionsstruktur wie Griechenland; die Zinsen, die diese Länder für ihre Staatsanleihen zu zahlen hatten, schossen steil in die Höhe.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise deckte schonungslos die inneren Widersprüche der Europäischen Union und vor allem der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) auf. Die aus der hierarchischen internationalen Arbeitsteilung resultierenden asymmetrischen Kapitalverflechtungen und Handelsbeziehungen hatten innerhalb der EU dazu geführt, dass einigen wenigen Ländern mit großen Leistungsbilanzüberschüssen – an erster Stelle Deutschland – viele Staaten mit Leistungsbilanzdefiziten gegenüberstanden. Die WWU verstärkte die makroökonomischen Ungleichgewichte noch, da Länder mit überdurchschnittlichen Inflationsraten an preislicher Wettbewerbsfähigkeit

verloren, ohne dies durch Währungsabwertungen kompensieren zu können, und dort zudem durch relativ niedrige Realzinsen die Kreditaufnahme begünstigt wurde, die den Importsog noch verstärkte.

Um die Refinanzierung der Schulden zu gewährleisten und ein Auseinanderbrechen der WWU zu verhindern, weiteten die Eurostaaten die Vergemeinschaftung von Krediten bzw. die gemeinschaftliche Haftung für Kreditrisiken über die Europäische Zentralbank (EZB), die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sukzessive aus. Neue Kredite und Bürgschaften wurden jedoch nur gegen harte Sparauflagen gewährt. Die Austeritätspolitik, die von den nationalen Regierungen, der Europäischen Kommission, der EZB und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) durchgesetzt wurde, führte zu einem Einbruch der effektiven Nachfrage und verlängerte somit die Krise: 2012/13 kam es in der EU zu dem gefürchteten «double dip», das heißt zu einer erneuten Rezession in zahlreichen Mitgliedsländern. Aus der Perspektive des neoliberalen wirtschaftspolitischen Mainstreams war die Austeritätspolitik jedoch notwendig, um eine strukturelle Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in den betroffenen Staaten zu erreichen.

Nach zehn Jahren Krise stellt sich die Frage, welche Auswirkungen sich aus dem bisherigen Krisenmanagement der EU ergeben. Obwohl die ungleiche Entwicklung in der EU nicht in erster Linie ein Resultat zu hoher und zu niedriger Löhne ist (Abschnitt 1), zeigt sich zunächst, dass das Lohnverhältnis als zentraler

Ansatzpunkt der europäischen Krisenbearbeitung stärker europäisiert wurde. Es ist unter neoliberal-autoritärem Vorzeichen zu einer deutlichen Verlagerung von arbeitsmarkt- und lohnpolitischen Kompetenzen auf die europäische Ebene gekommen (Abschnitt 2). Wir vertreten die These, dass die Eurokrise durch die autoritäre Bearbeitung vor allem auf Kosten der Lohnabhängigen in Südeuropa (Abschnitt 3) zwar vorläufig überwunden wurde, die ihr zugrunde liegenden Ursachen durch die einseitige Konzentration auf die Lohnentwicklung jedoch nicht beseitigt wurden: Die Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten der EU sind nicht verschwunden, sondern teilweise sogar noch größer geworden (Abschnitt 4). Die grundlegenden Widersprüche der europäischen Integration und vor allem der Wirtschafts- und

Währungsunion bleiben bestehen und brechen nun an anderen Stellen auf – aktuell insbesondere in Italien (Abschnitt 5) und in der sich abzeichnenden Krise der neomerkantilistischen Exportstrategie Deutschlands. Insgesamt ist die Krisenbearbeitung durch eine widersprüchliche Entwicklung gekennzeichnet: Während die Krise einerseits zu einer Vertiefung der Integration im Bereich der Regulation des Lohnverhältnisses geführt hat, verschärfte sich andererseits die ungleiche Entwicklung der EU-Staaten, womit eine Tendenz der Desintegration verbunden ist. Obwohl sich beide Entwicklungstendenzen nicht unabhängig voneinander entfalten, stellen wir sie zunächst gesondert dar, um dann in der Schlussfolgerung (Abschnitt 6) eine Gesamteinschätzung dieser Entwicklungen vorzunehmen.

¹ Bei diesem Text handelt es sich um eine überarbeitete und erweiterte Fassung eines Textes, der in Heft 192 der Zeitschrift PROKLA erschien.

1 LIEGT DIE UNGLEICHE ENTWICKLUNG AN DEN LÖHNEN?

Anders als die herkömmlichen Interpretationen der Eurokrise gehen wir nicht davon aus, dass die Zahlungsbilanzungleichgewichte in erster Linie durch zu hohe Löhne in den Defizitländern (so die neoliberale Lesart) oder durch zu niedrige Löhne in den Überschussländern (so die keynesianische Lesart) verursacht werden. Hinter den Zahlungsbilanzungleichgewichten steht vielmehr eine ungleiche internationale Arbeitsteilung, die nur zum Teil durch die Lohnentwicklung bestimmt wird; Letztere ist ein untergeordneter Faktor gegenüber den strukturellen Differenzen zwischen den Produktionssystemen der verschiedenen Länder (vgl. Storm/Naastepad 2015). Folgt man den Überlegungen der marxistischen Internationalisierungsdiskussion (Deubner u. a. 1979), so beruhen diese Differenzen innerhalb der hierarchischen internationalen Arbeitsteilung nicht primär auf komparativen Kostenvorteilen bzw. preislicher Wettbewerbsfähigkeit, sondern in erster Linie auf der sektoralen Zusammensetzung eines Produktionssystems. Eine übergeordnete bzw. dominante Position in der internationalen Arbeitsteilung ergibt sich aus der Kapazität einiger weniger kohärenter Produktionssysteme, komplexe Produktionsmittel und insbesondere Produktionsmittel zur Herstellung anderer Produktionsmittel eigenständig herzustellen. Hierzu zählen vor allem die Bereiche Maschinenbau, Elektrotechnik und chemische Industrie. Durch den Export dieser Investitionsgüter setzen die dominanten Produktionssysteme die «terms of production» (Schlupp 1979: 18) in allen weiteren Sektoren weniger kohärenter bis desin-

tegrierter und insofern peripherer Produktionssysteme, was strukturelle Importabhängigkeiten und technologische Abhängigkeit begründet. In ähnlicher Weise hebt auch die aktuelle Diskussion in der heterodoxen Wirtschaftswissenschaft und Evolutionsökonomik die Bedeutung der Technologieentwicklung und Produktkomplexität gegenüber Faktoren preislicher Wettbewerbsfähigkeit hervor (Tacchella u. a. 2012; Dosi u. a. 2015). Produktionssysteme zeichnen sich auch durch hochgradig unterschiedliche Fähigkeiten, Produktinnovationen zu generieren und die Produktlebenszyklen zu kontrollieren, sowie durch unterschiedliche Entwicklungen der Arbeitsproduktivität aus.

Ausgehend von diesen Grundannahmen sehen wir die Ursachen der Eurokrise in erster Linie in der ungleichen Entwicklung der europäischen Arbeitsteilung und der Produktionssysteme und nicht in der Lohnentwicklung. Die europäische Arbeitsteilung wurde nicht nur durch die strukturelle Überlegenheit des deutschen Produktionssystems, sondern auch durch die Transformationen in Osteuropa, China und weiteren sich neu industrialisierenden Ländern geprägt. Durch diese Prozesse hat sich die Konkurrenz innerhalb der kapitalistischen Peripherie erheblich verschärft. Lohndifferenzen spielen hierbei zwischen den verschiedenen Ländern der Peripherie mit untergeordneten Produktionssystemen durchaus eine Rolle. Aber auch hier sind die Lohnkosten keineswegs der einzige Faktor, der die Profitabilität der Produktion und die Standortentscheidungen bestimmt, sondern zum Beispiel auch die

Umschlagszeit des Kapitals, und hier zählt in der internationalisierten Produktion etwa die räumliche Nähe der sogenannten Visegrád-Staaten – also Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei – zu Deutschland.

Im Ergebnis dieser Prozesse musste die südeuropäische Peripherie einen erheblichen Bedeutungsverlust hinnehmen (vgl. Heine/Sablowski 2015; Celi u. a. 2018). Die Abwertung Südeuropas in der internationalen und innereuropäischen Arbeitsteilung wurde vor der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise durch einen kreditfinanzierten Nachfrageboom überdeckt, der in Südeuropa im Vergleich zu den altindustriellen Zentren mit hohen Wachstumsraten des Sozialprodukts und einer hohen Profitabilität des Kapitals verbunden war (vgl. Milios/Sotiropoulos 2010). Dazu hat maßgeblich die WWU beigetragen, die in Süd-

europa vor der Krise zu stark sinkenden Realzinsen und damit zu einer größeren Attraktivität der Kreditaufnahme geführt hat. Die Kehrseite dieses kreditfinanzierten Booms waren hohe Kapitalzuflüsse aus dem Ausland und ein verstärkter Importsog mit der Konsequenz wachsender Leistungsbilanzdefizite.

Die genannten Zusammenhänge werden in der herrschenden Krisendeutung mit ihrem einseitigen Fokus auf der Anpassung des Lohnverhältnisses zur Steigerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit weitgehend ausgeblendet. Da die hierauf aufbauende Austeritäts- und Strukturanpassungspolitik jedoch ab 2010 in der EU wirkmächtig geworden ist, beleuchten wir hier zunächst deren Resultate, bevor wir uns in der zweiten Hälfte dieses Beitrags der Entwicklung der ungleichen europäischen Arbeitsteilung seit der Krise zuwenden.

2 EUROPÄISIERUNG DES LOHNVERHÄLTNISSSES?

Die Entwicklung der europäischen Integration war nie ein linearer Prozess; vielmehr folgten auf Krisen und Phasen der Stagnation neue Integrationsschübe, die durch politische Projekte angestoßen wurden (Bieling 2013: 90–93). Auch seit dem Ausbruch der jüngsten Krise kann – als Ergebnis der austeritätspolitischen Krisenbearbeitung – eine weitere Vertiefung, vor allem im Bereich der Wirtschaftsintegration, beobachtet werden. In Form eines Bausteinsystems wurde ein «integriertes makroökonomisches Steuerungs-Regime» (Seikel 2017; Leschke u. a. 2015) durchgesetzt, das sich – neben dem Fokus auf austeritätspolitischer Haushaltskonsolidie-

rung mit entsprechenden Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse (Hajek/Opratko 2016; Klatzer/Schlager 2012) – vor allem auf die unterschiedlichen Formen der Arbeitsmarktregulation und des Lohnregimes in den Mitgliedstaaten konzentriert. Dementsprechend kam es in erster Linie im Bereich der Arbeitsmarktpolitik zu einer deutlichen Erweiterung der europäischen Kompetenzen.

Die Regulation des Lohnverhältnisses wurde zu einem der zentralen Ansatzpunkte der Krisenbearbeitung,² beruhte

² Andere Felder europäischer Krisenbearbeitung wie die Finanzmarktregulierung können hier leider nicht betrachtet werden. Siehe dazu Kader (2018), Ötsch/Troost (2018) oder Gunturum (2018).

das der Austeritätspolitik zugrunde liegende Krisennarrativ doch auf der Annahme, dass durch eine Steigerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und eine stärkere Konvergenz in der Arbeitsmarktregulierung die Krisenursachen behoben werden könnten (Degryse u. a. 2013: 37). Hierbei wurden Gewerkschaften gleichsam zum Hemmnis der Marktkoordinierung und des möglichen Wirtschaftswachstums erklärt (COM 2012; Keune 2016). Ihre Lohnsetzungsmacht galt es fortan zu reduzieren und ihre Organisationsmacht zu schwächen (Schulten/Müller 2013).

Kern der neuen europäischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist der Politikzyklus des Europäischen Semesters, das die Koordination und Überwachung der nationalen Wirtschafts-, Fiskal-, Arbeits-, und Sozialpolitiken gewährleisten soll (Rödl 2012). In den Jahren 2011 und 2013 wurde es durch zwei Legislativpakete der Europäischen Kommission reformiert und in seiner beschäftigungspolitischen Schwerpunktsetzung gestärkt. José Manuel Barroso, der frühere Präsident der Kommission, sprach damals mit Blick auf die Maßnahmen von einer stillen Revolution. Mit dem sogenannten SixPack wurde ein System der haushaltspolitischen und makroökonomischen Überwachung eingeführt, das auf Grundlage zuvor festgelegter Indikatoren frühzeitig makroökonomische Ungleichgewichte erkennen und beheben soll. Dabei dürfen Lohnzuwächse den Referenzwert von 9 Prozent in drei Jahren nicht überschreiten. Verknüpft ist dieses Überwachungssystem mit einem Strafmechanismus: Werden politische Empfehlungen der Kommission nicht umgesetzt, kann sie einen umfassenden Korrekturmaßnahmenplan ver-

langen und auch finanzielle Sanktionen verhängen. Nicht selten umfassten die politischen Empfehlungen im Rahmen des sogenannten «Verfahrens bei einem übermäßigen Ungleichgewicht» arbeitsmarkt- und lohnpolitische Vorgaben (Rödl/Callsen 2015).

Basierte die arbeitsmarktpolitische Koordinierung vor der Krise auf der freiwilligen Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Umsetzung politischer Empfehlungen, so wurde mit der Einführung finanzieller Strafen erstmals ein hartes Sanktionsinstrument etabliert (Schulten/Müller 2013). Während die Empfehlungen des Europäischen Semesters zunächst rechtlich unverbindlich sind, können sie im Rahmen des Verfahrens bei übermäßigen Haushaltsdefiziten oder übermäßigen makroökonomischen Ungleichgewichten verbindlich und ihre Nichterfüllung sanktioniert werden. 2013 wurde die Verbindlichkeit durch eine Reform der Regional- und Strukturpolitik erneut gestärkt. Mit der Förderperiode 2014 bis 2020 wurde die Auszahlung von Strukturmitteln an die Bedingung der erfolgreichen Umsetzung der jeweiligen länderspezifischen Empfehlungen gekoppelt (COM 2015). Der Europäischen Kommission ist es nun möglich, durch verbindliche Vorgaben und Empfehlungen in jene arbeitspolitischen Bereiche vorzudringen, deren Regelung ihr nach europäischem Primärrecht eigentlich entzogen ist (Schulten/Müller 2013; Müller/Schulten 2018).

Das Europäische Semester wird eingerahmt durch zwei weitere Krisenbearbeitungsmechanismen, die mit dem Berichtswesen des Europäischen Semesters verknüpft sind. Zum einen ist hier die Troika aus IWF, EZB und Europäischer Kommission zu nennen, zu der ab

2015 noch der ESM stieß. Ihre Aufgabe ist es, Bedingungen für die Vergabe von Krediten an von Zahlungsunfähigkeit betroffene Staaten zu formulieren und deren Implementierung und Einhaltung zu überwachen. Die als «Strukturreformen» bezeichneten Vorgaben der Troika sahen tief greifende Veränderungen der Arbeitsmarkt- und Lohnregime der betroffenen Mitgliedstaaten vor. Deren Regierungen müssen sämtliche wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Maßnahmen im Vorfeld mit der Troika abstimmen, womit für die «Programmländer» eine eigenständige, souveräne Politik weitgehend blockiert ist. Dieser Interventionsform unterliegen alle europäischen Mitgliedstaaten, die Gelder aus den europäischen «Rettungsschirmen» beantragen (Keune 2016; Müller 2015).

Zum anderen muss die politische Rolle der EZB hervorgehoben werden. Diese hatte im Zuge der Krise mehrfach ihre geldpolitische Macht genutzt, um politische Forderungen gegen den Widerstand demokratisch gewählter Regierungen durchzusetzen (Schneider 2017). Dabei drängte die EZB nicht zuletzt auf strukturelle Reformen im Bereich der Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik. Der wohl prominenteste Fall direkter politischer Einflussnahme ist in einem Brief an Italien vom 5. August 2011 dokumentiert, worin die EZB drohte, den Ankauf von Staatsanleihen einzustellen, sollte die italienische Regierung nicht innerhalb von zwei Monaten die geforderten strukturellen Reformen umsetzen. Dazu gehörten unter anderem die Verbetrieblichung der Tarifverhandlungen, Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst und der Abbau des Kündigungsschutzes (Weissenbacher 2012). Einen ähnlichen Brief schrieb die

EZB auch an die spanische Regierung.³ Hier entwickelte sich der Anpassungsdruck auf die Nationalstaaten aus dem Zusammenspiel von Marktmechanismen und der direkten Androhung des Liquiditätsentzugs. Die Deckelung der Liquiditätszufuhr an das griechische Bankensystem durch die EZB war 2015 auch ausschlaggebend für die Entscheidung der griechischen Regierung, sich den Forderungen nach einem dritten Memorandum zu beugen. Wurde diese Politik von der EZB anfangs noch informell betrieben, ist sie seit ihrer Ankündigung aus dem Jahr 2012, notfalls unbegrenzt Staatsanleihen aufzukaufen, wenn sich das betroffene Land zu strukturellen Reformen bereit erklärt, offizielle Zentralbankpolitik (Silva u. a. 2017).

Die europäische Arbeitsmarktpolitik wurde insgesamt verbindlicher und autoritärer. Durch Ad-hoc-Maßnahmen wurde ein umfassendes Kontroll-, Überwachungs- und Bestrafungssystem geschaffen, das den europäischen Institutionen die Möglichkeit eröffnet, direkten Einfluss auf die Ausgestaltung von arbeitsmarkt- und lohnpolitischen Reformen zu nehmen sowie Maßnahmen von den Mitgliedstaaten zu verlangen (Erne 2015; Syrovatka 2018). Dadurch fand nicht nur eine erhebliche Verlagerung von Steuerungskompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene und eine tendenzielle Beschneidung nationaler Souveränität statt, sondern zugleich auch eine massive Einschränkung gewerkschaftlicher Handlungs-

³ Bisher sind nur die Briefe an Spanien und Italien öffentlich zugänglich. Da es sich um vertrauliche Briefe handelte, ist nicht bekannt, an wie viele Länder die EZB bisher «Drohbriefe» verschickt hat. In einem Interview betonte der ehemalige EZB-Chef Jean-Claude Trichet, dass solche Briefe regelmäßig von der EZB an die einzelnen Regierungen im Euroraum verschickt werden.

spielräume (Müller/Platzer 2016). In Anlehnung an Müller/Schulten (2018) lässt sich daher von einem «europäischen Interventionismus» sprechen, der die Arbeitsmarkt-, Lohn- und Sozialpolitik adressiert (Lux/Komposopoulou 2018). Dessen Durchsetzungsmacht hängt dabei freilich von den Kräften innerhalb der Nationalstaaten ab, die die europäischen Vorgaben tragen und umsetzen müssen (Syrovatka 2018).

In seiner inhaltlichen Stoßrichtung versteht der europäische Interventionismus die Entwicklung der Löhne als zentralen makroökonomischen Anpassungsfaktor. Diese Auffassung konkretisierte die Europäische Kommission (2012) im viel zitierten Arbeitsmarktentwicklungsbericht. Darin entwickelte die Kommission zahlreiche Vorschläge für «beschäftigungsfreundliche Reformen» (ebd.: 71), die unter anderem die Reduzierung des Kündigungsschutzes, die Senkung der Arbeitslosenhilfe und des Mindestlohnes, die Reduzierung der Tarifbindung und die Dezentralisierung des Tarifvertragssystems beinhalten. Alle arbeitsmarktpolitischen Vorschläge sollen dabei dem Ziel dienen, ein «unternehmerfreundliches Umfeld» (ebd.: 12) zu schaffen und die

«Lohnsetzungsmacht der Gewerkschaften» zu reduzieren (ebd.: 104). Dementsprechend zielen die Empfehlungen und Vorgaben der neuen europäischen Arbeitsmarktpolitik primär auf eine Flexibilisierung bzw. Senkung der Löhne, das heißt konkret auf eine Dezentralisierung und Verbetrieblichung der Lohnfindung, die strukturelle Schwächung der Gewerkschaften sowie einen Abbau des Kündigungsschutzes und der sozialen Sicherung (van Gyes/Vandekerckhove 2016).

In fast allen europäischen Mitgliedstaaten wurden die Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre durch Empfehlungen der EU-Kommission oder Vorgaben der Troika oder des Europäischen Semesters induziert. So gingen beispielsweise auch die arbeitsmarktpolitischen Reformen in Frankreich und Italien auf den Druck und die Interventionen der EU-Kommission zurück (Syrovatka 2016; Meardi 2014). Auch der sogenannte Wettbewerbspakt, der 2016 in Finnland verabschiedet wurde und unter anderem einen Lohnstopp und eine Verlängerung der Arbeitszeit vorsieht, wurde durch die länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission beeinflusst (Müller/Schulten 2018).

3 KRISENÖSUNG AUF KOSTEN DER LOHNABHÄNGIGEN⁴

Auch wenn die europäische Ebene weiterhin nur ein Faktor in der Entwicklung der nationalen Arbeitsmärkte ist, so hatten die veränderten europäischen Regelungs- und Steuerungsstrukturen nicht unerheblichen Einfluss auf die Lohnentwicklung in der EU (Lübker/Schulten 2017). Trotz des Aufschwungs in den meisten EU-Ländern und steigender Beschäftigung bleibt die Lohnentwicklung insgesamt gedämpft. Verschiedene Studien kommen zu dem Ergebnis, dass die drei klassischen Variablen Arbeitslosigkeit, Inflation und Produktivität heute weniger Einfluss auf die Lohnentwicklung haben als vor der Krise (Hong u. a. 2018; Deutsche Bundesbank 2018). Die Abnahme der Tarifbindung, die Dezentralisierung der Lohnfindung, der Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse sowie unfreiwillige Teilzeitarbeit führten zu einer strukturellen Verlangsamung des Lohnwachstums. Diese Entwicklungen gab es zwar auch schon vor der Krise, sie wurden jedoch durch den europäischen Interventionismus forciert und dynamisiert.

Dies zeigt sich, wenn man einen Blick auf die arbeitspolitischen Indikatoren wirft. In der EU und in der Eurozone ist die Arbeitslosenrate auf 7,6 bzw. 9,1 Prozent gesunken, womit sie nur noch leicht über dem Vorkrisenniveau liegt. Es existieren jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Während Deutschland (3,8%) oder die Niederlande (4,9%) sowie einige Länder Mittel- und Osteuropas wie Tschechien (2,9%), Ungarn (4,3%) oder Polen (4,9%) eine niedrige Arbeitslosigkeit aufweisen, liegt sie in den südeuro-

päischen Peripherieländern wie Griechenland (21,5%) oder Spanien (17,2%) weiterhin deutlich über dem Vorkrisenniveau. Dennoch ist auch in diesen Ländern die Arbeitslosigkeit seit 2013 tendenziell gesunken.

Die Jugendarbeitslosigkeit bewegt sich allerdings mit 15,6 Prozent in der EU und 17,3 Prozent in der Eurozone weiterhin auf sehr hohem Niveau. Mit Ausnahme von Deutschland, den Niederlanden, Österreich und Tschechien liegt die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen teilweise deutlich über 10 Prozent. Vor allem in der südeuropäischen Peripherie existiert eine hohe Arbeitslosigkeit der jungen Generation: In Griechenland sind 43 Prozent der Jugendlichen unter 24 Jahren arbeitslos, in Italien 31,7, in Spanien 35 Prozent.

Aus den am stärksten von der Krise und der Austeritätspolitik betroffenen Ländern ist es zu einer verstärkten Auswanderung gekommen. Ohne diese würde dort die Erwerbslosenquote noch höher liegen. In Griechenland stieg die Zahl der AuswanderInnen, die vor der Krise etwa 40.000 pro Jahr betragen hatte, ab 2010 auf über 100.000 pro Jahr an. Erst 2016 war wieder eine stärkere Einwanderung bzw. Rückwanderung zu verzeichnen. Zwischen 2009 und 2016 kam es per Saldo zu einem migrationsbedingten Bevölkerungsverlust von ca. 270.000 Personen. In Spanien betrug er im gleichen Zeitraum über 470.000 Personen, in Portugal über 120.000 Personen. Da man davon ausgehen kann, dass vor allem junge

⁴ Die Zahlen in diesem Abschnitt beziehen sich, falls keine anderen Quellen angegeben sind, auf Daten von Eurostat, die AMECO-Datenbank sowie die Labour Force Survey-Datenbank von Eurostat 2018.

und gut ausgebildete Menschen auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen auswandern, dürfte sich so auch die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung ungünstig entwickelt haben, mit all den damit verbundenen Folgeproblemen (Überalterung, wachsende Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme).

Betrachtet man die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung differenziert nach Bildungsabschlüssen und nach Geschlecht, zeigen sich deutliche Unterschiede. Die Frauenerwerbstätigkeit ist in der EU im Durchschnitt nach dem Ausbruch der Krise ebenso wie vor der Krise gestiegen, aber dies betrifft ausschließlich Frauen mit mittleren und hohen Bildungsabschlüssen (Hochschulreife oder Hochschulstudium), während bei Frauen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen (bis Sekundarstufe 1) die Erwerbsbeteiligung stagniert bzw. aufgrund der Krise wieder rückläufig ist. Während der Anteil der erwerbstätigen Frauen an den weiblichen Erwerbspersonen mit tertiärer Bildung in der EU von 78,9 Prozent im Jahr 2002 auf 80,7 Prozent im Jahr 2017 und bei Frauen mit mittleren Bildungsabschlüssen (Sekundarstufe 2 und postsekundärer, nicht tertiärer Bereich) von 61,2 auf 65 Prozent stieg, lag er bei den Frauen mit niedrigen Bildungsabschlüssen nur bei 37,7 Prozent im Jahr 2002 und stieg auf 39,1 Prozent im Jahr 2007, um dann auf 37,2 Prozent im Jahr 2017 zu sinken. Bei den Männern mit mittleren und hohen Bildungsabschlüssen ist die Erwerbsbeteiligung nahezu konstant, während sie bei den Männern mit niedrigen Bildungsabschlüssen deutlich gesunken ist: Waren 2002 noch 58 Prozent der erwerbsfähigen Männer mit niedrigen Bildungsabschlüssen er-

werbstätig, so waren es 2017 nur noch 53,3 Prozent. Geht man davon aus, dass die Bildungsabschlüsse eng mit Klassenschichten korrespondieren, so ist dies ein Indiz dafür, dass die Arbeitsmarktentwicklung sich für die verschiedenen sozialen Klassen(-fraktionen) vollkommen unterschiedlich darstellt: Während der krisenbedingte Einbruch der Beschäftigung für die oberen Schichten der Lohnabhängigen im EU-Durchschnitt anscheinend mehr oder weniger überwunden ist und bei den Frauen in dieser Gruppe eine weiterhin steigende Erwerbsbeteiligung zu verzeichnen ist, stagniert die Beschäftigung bei den unteren Schichten der Lohnabhängigen.

Betrachtet man die Entwicklung der Beschäftigung differenziert nach Staaten, so ergeben sich nochmals stärkere Unterschiede. In einer Reihe von Ländern (u. a. Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland) ist die Erwerbstätigenquote nicht nur bei den Männern, sondern auch bei den Frauen mit niedrigen und mittleren Bildungsabschlüssen rückläufig.

Trotz der zum Teil steigenden Frauenbeschäftigung lag die Quote der erwerbslosen Frauen im EU-Durchschnitt im Jahr 2017 genauso hoch wie im Jahr 2007 vor Ausbruch der Krise, nämlich bei 7,9 Prozent, nachdem sie zwischenzeitlich auf über 10 Prozent geklettert war. Bei den Männern lag die Quote der Erwerbslosen 2017 mit 7,4 Prozent noch deutlich über der von 2007 (6,6%). Der Arbeitsmarkt bietet also trotz des Aufschwungs der letzten Jahre keine ausreichenden Beschäftigungsmöglichkeiten, weder für Frauen noch für Männer. In manchen Ländern wie Italien, Spanien, Griechenland, den baltischen Staaten, aber auch Dänemark oder Finnland lag auch die Quote der erwerbslosen Frauen 2017 im-

mer noch über dem Niveau vor Ausbruch Krise.

Zudem ist ein großer Teil der neu geschaffenen Arbeitsplätze im Bereich atypischer Beschäftigung zu verorten, das heißt, sie entsprechen nicht dem klassischen unbefristeten und sozialversicherungspflichtigen Normalarbeitsverhältnis. Insgesamt arbeitet in der EU fast jede und jeder zweite ArbeitnehmerIn in einem atypischen Beschäftigungsverhältnis (Eichhorst/Tobsch 2017). War der Anteil dieser Beschäftigungsformen zu Beginn der Krise zurückgegangen, da Beschäftigte in atypischen Beschäftigungsverhältnissen in der Regel zuerst entlassen wurden, so stieg die Zahl mit dem Beschäftigungsaufschwung ab 2014 wieder an. Die Korrelation zwischen atypischer Beschäftigung und Arbeitslosigkeit wird sehr deutlich am Beispiel befristeter Arbeitsverträge: Mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit sank in allen europäischen Mitgliedstaaten der Anteil befristeter Arbeitsverträge, da Unternehmen keine neuen Stellen schufen und befristete Arbeitsverträge auslaufen ließen. Mit dem Aufschwung seit 2014 ist wieder eine steigende Anzahl befristeter Arbeitsverhältnisse zu beobachten. Insgesamt war 2017 jeder sechste Arbeitsvertrag in der EU befristet, wobei die Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten groß sind. Die Niederlande (21,8%), Spanien (26,8%) und Frankreich (16,8%) stechen mit einem hohen Anteil an befristeten Arbeitsverträgen heraus. Einen sehr niedrigen Anteil an befristeten Arbeitsverträgen weisen vor allem osteuropäische Staaten wie Rumänien (1,2%) und Litauen (1,4%) auf, deren Arbeitsrecht stark reguliert war und befristete Arbeitsverträge erst seit dem EU-Beitritt 2007 überhaupt zulässt (Schrag-Slavu 2017: 342).

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Leiharbeit. Während ihr Anteil an der Gesamtheit der Beschäftigungsverhältnisse mit Beginn der Krise abgesackt war, stieg er ab 2010 wieder an. In vielen EU-Ländern begünstigten Reformen die Leiharbeit (Voss/Vitols 2013). Daran änderte auch die EU-Richtlinie zur Leiharbeit von 2008 wenig, die Mindeststandards definierte und den Grundsatz der Gleichbehandlung von Stammbelegschaften und LeiharbeiterInnen einführte (Ulber 2010). So stieg der Anteil der Leiharbeit an den gesamten Beschäftigungsverhältnissen in der EU von 1,7 (2008) auf 1,9 Prozent (2017) und im Euroraum von 2,2 auf 2,5 Prozent. Die Leiharbeit ist vor allem dort verbreitet, wo auch der Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse hoch ist. In Irland (+ 1,5%), Frankreich (+ 0,9%) und Deutschland (+ 0,7%) stieg der Anteil der Leiharbeit überdurchschnittlich stark. Für Irland und Frankreich kann dieser Anstieg auf die Arbeitsmarktreformen zurückgeführt werden, die von der Troika bzw. durch länderspezifische Empfehlungen der Kommission im Zuge des Europäischen Semesters eingefordert wurden (Komsopoulou 2015; Syrovatka 2018).

Frauen sind von den atypischen Arbeitsverhältnissen stärker betroffen als Männer, das fällt insbesondere im Bereich der Teilzeitarbeit auf. Der Anteil der teilzeitbeschäftigten Männer an den gesamten männlichen Beschäftigten stieg im EU-Durchschnitt von 5,9 Prozent im Jahr 2002 über 6,9 Prozent im Jahr 2007 auf 8,8 Prozent im Jahr 2017, der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen an den gesamten weiblichen Beschäftigten stieg von 28 Prozent im Jahr 2002 über 30,5 Prozent im Jahr 2007 auf 31,7 Prozent im Jahr 2017.

In vielen Ländern haben Reformen zudem zu einer Erosion der Tarifsyste­me und zu tief greifenden Veränderungen der Lohnfindung geführt; die industriellen Beziehungen haben sich zu Ungunsten der Gewerkschaften entwickelt (Bieling/Buhr 2015). Vor allem in jenen Ländern, die Kredite aus den europäischen «Rettungsschirmen» erhielten und unter der Aufsicht der Troika standen, kam es zu einer vollständigen Zerstörung der bestehenden Tarif- und Lohnfindungsstrukturen (Müller/Schulten 2018). In fast allen EU-Mitgliedstaaten lassen sich Dezentralisierungs- und Verbetrieblichungstendenzen sowie ein Rückgang der Tarifbindung beobachten (Müller/Platzer 2016). Beide Prozesse hängen eng miteinander zusammen, da die Verbetrieblichung von Tarifverhandlungen oftmals auch einen Austritt aus Arbeitgeberorganisationen zur Folge hat (Schulten 2012). Somit führen sie zu einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses zu Ungunsten von Gewerkschaften und Lohnabhängigen.

Laut Marginson/Welz (2015: 436) ist es in mindestens zehn EU-Ländern zu einer Dezentralisierung des Tarifverhandlungssystems gekommen: in Frankreich, Bulgarien, Griechenland, Irland, Italien, Österreich, Rumänien, in der Slowakei, in Spanien und Zypern. Hinzugezählt werden müssen zudem Portugal und Ungarn, wo eine Dezentralisierung durch die Einschränkung der Reichweite und Funktionsweise von Tarifverhandlungen stattgefunden hat (Müller/Platzer 2016). So führten Reformen in Frankreich, Griechenland und Spanien dazu, dass heute ein genereller Vorrang von Unternehmenstarifverträgen gegenüber Branchentarifverträgen existiert (Syrovatka 2018). Verschärft wurden die Re-

formen durch die Einschränkungen der rechtlichen Möglichkeiten zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Branchentarifverträgen (Keune 2016) sowie durch die Abschaffung oder Umkehrung des Günstigkeitsprinzips. Die wohl radikalste Dezentralisierung der Tarifvertragsysteme fand in Irland, Rumänien und Griechenland statt. In allen drei Ländern wurden die etablierten Lohnfindungsmechanismen vollständig zerstört, die allgemeinen Tarifverhandlungen ausgehebelt und auf die betriebliche Ebene verlagert (Chasoglou 2015; Komsopoulou 2015). Die Angriffe auf Gewerkschaften und bestehende Tarifstrukturen spiegeln sich auch in der Entwicklung der Tarifbindung wider, wo ebenfalls ein allgemeiner Rückgang in der Krise festgestellt werden kann.⁵ Insgesamt nahm die durchschnittliche Tarifbindung europaweit zwischen 2009 und 2017 um 7,9 Prozentpunkte ab; im Jahr 2012 lag sie bei durchschnittlich 57 Prozent. Seitdem ist ein negativer Trend zu erkennen, auch wenn für die EU keine aktuelleren Daten mehr zu Verfügung stehen. So sank die Tarifbindung etwa in Rumänien, das auch unter der Aufsicht der Troika stand, zwischen 2007 und 2017 um 63 Prozentpunkte, was einer faktischen Abschaffung von Tarifverträgen gleichkommt. Während 2007 noch 98 Prozent aller ArbeitnehmerInnen unter einen Tarifvertrag fielen, waren es zehn Jahre später nur noch 35 Prozent.

⁵ Es existieren keine harmonisierten und vergleichbaren Daten über die Tarifabdeckung in der EU. Die hier genannten Daten basieren auf den Erhebungen der OECD sowie der ICTWSS-Datenbank. Dies hat zur Folge, dass nur für 27 von 28 EU-Staaten Daten ausgewertet werden konnten, die zugleich unterschiedlich alt sind. Zu den methodischen Schwierigkeiten von Tarifstatistiken in Europa siehe van Gyes/Vandekerckhove (2016).

Ähnlich sieht es in Griechenland aus, wo es bis 2013 einen dramatischen Verfall der Tarifbindung von 83 auf 40 Prozent aller ArbeitnehmerInnen gegeben hat. Seitdem werden in Griechenland vonseiten des Staates keine Daten mehr über den Zustand der Tarifbindung erhoben. Nach Angaben des Forschungsinstituts INE (2017: 114) des griechischen Gewerkschaftsdachverbandes GSEE gingen 2016 nur noch 6,6 Prozent aller Tarifabschlüsse über die Unternehmensebene hinaus; der Großteil aller Lohnverhandlungen findet individuell zwischen den einzelnen ArbeitnehmerInnen und den Arbeitgebern statt.⁶ In Portugal brach die Zahl tarifgebundener Beschäftigter von 1,9 Millionen auf 240.000 im Jahr 2013 ein, nachdem eine Tarifvertragsreform 2011 die Branchentarifverträge nahezu abgeschafft hatte (Coelho 2018: 5).

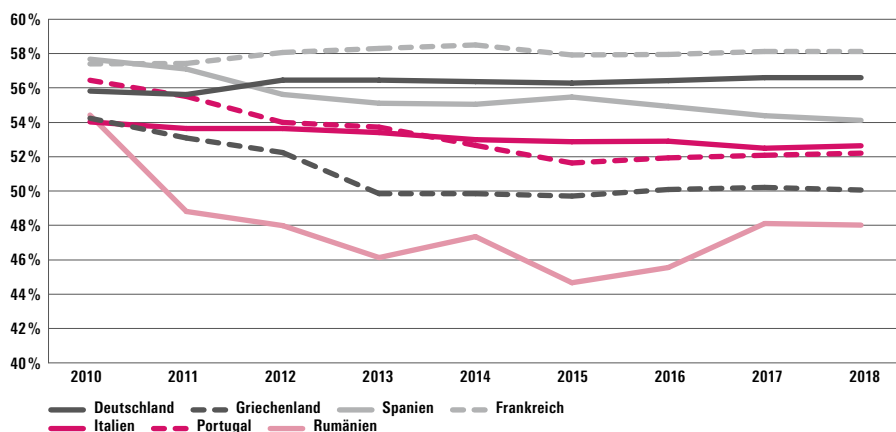
Die Dezentralisierung der Tarifverhandlungen und die sinkende Tarifbindung haben sich negativ auf die Entwicklung der Tariflöhne ausgewirkt. So konnten die Gewerkschaften der Eurozone zwischen 2013 und 2017 nur eine verhaltene Steigerung der Tariflöhne von knapp 1,6 Prozent aushandeln. Im Vergleich zu den frühen 2000er Jahren ist das Tariflohnwachstum in der Krise um mehr als 1 Prozent zurückgegangen und stagniert derzeit bei rund 1 Prozent. Diese Entwicklung mag überraschen, hat doch die wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone seit 2013 deutlich an Dynamik gewonnen, womit auch der lohnpolitische Verteilungsspielraum deutlich größer geworden ist (Lübker/Schulten 2017: 421). Der Rückgang der Tariflöhne und ihre Stagnation auch in Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs sind Ausdruck der strukturellen, langfristigen Schwächung

der Gewerkschaften durch die Arbeitsmarktreformen der Krisenjahre (Müller/Schulten 2018).

Die strukturelle Schwächung der Gewerkschaften zeigt sich auch mit Blick auf die Reallohnentwicklung. In der Krise kam es zu erheblichen Reallohnverlusten und seit 2013 ist nur ein moderater Anstieg zu verzeichnen. In neun europäischen Mitgliedstaaten lag das Reallohniveau 2017 weiterhin unter dem Niveau von 2008. So sanken die Reallöhne zwischen 2009 und 2017 in Griechenland (–26,0%), Kroatien (–13,3%), Zypern (–7,5%), Portugal (–4,8%), Spanien (–1,0%), Italien (–2,0%), Großbritannien (–1,5%), Ungarn (–4,7%) und Belgien (–0,6%).

Ein noch besserer Indikator für das veränderte Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit in der Krise ist die Entwicklung der Lohnquote. Sie sank in der Eurozone zwischen 2007 und 2016 um insgesamt 1,2 Prozent. Dabei unterscheiden sich die Mitgliedstaaten in ihrer Entwicklung teils deutlich: Während die Lohnquote in Deutschland zwischen 2007 und 2016 um knapp 3 Prozent⁷ zunahm, sank sie zum Beispiel in Portugal und Rumänien um mehr als 4 Prozent. Vor allem in jenen Ländern, die von den Strukturreformen der Troika betroffen waren oder im Fokus der länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters standen – mit Ausnahme Frankreichs –, ist seit 2010 eine rückläufige Lohnquote feststellbar.

⁶ Diesen Hinweis und die Übersetzung aus dem Griechischen verdanken wir Ioannis Kompopoulou. ⁷ Dabei muss jedoch betont werden, dass die Lohnquotenentwicklung in Deutschland aufgrund der deflationären Lohnpolitik der rot-grünen Bundesregierung im Zeitraum zwischen dem Jahr 2000 und 2007 stark rückläufig war.

Abbildung 1: Entwicklung der Lohnquote in ausgewählten Ländern

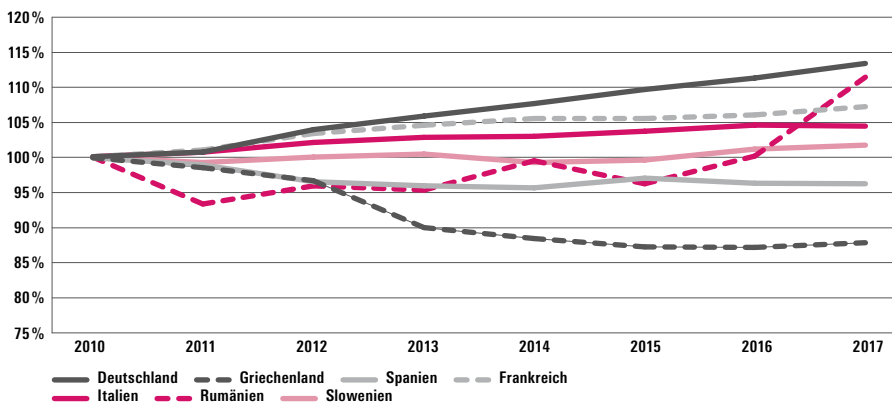
Quelle: AMECO und eigene Berechnungen.

Der Rückgang der Lohnquote bietet Anhaltspunkte, um im Umkehrschluss eine erhöhte Profitabilität des Kapitals zu vermuten. Ein Indikator dafür ist auch die Entwicklung der Lohnstückkosten. Steigen die Löhne schneller als die Produktivität, so steigen auch die Lohnstückkosten. Eine umgekehrte Entwicklung lässt die Lohnstückkosten dagegen sinken. In einer vereinfachten Darstellung kann die Differenz zwischen der Produktivitäts- und der Lohnentwicklung dabei als Profitanteil je Produkteinheit verstanden werden. Damit verweist die Entwicklung der Lohnstückkosten auf die Verteilung des neu geschaffenen Wertprodukts und damit nicht zuletzt ebenfalls auf das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit (Altwater 1978: 55). Ein Blick auf die Lohnstückkostenentwicklung in der EU zeigt deutliche Unterschiede. Während in den nordeuropäischen Ländern nach Jahren der Stagnation ein relatives Wachstum der Lohnstückkosten zu verzeichnen ist, sind sie in den südeuropäi-

schen Programmländern zum Teil massiv gesunken. So stiegen die Lohnstückkosten beispielsweise in Deutschland zwischen 2012 und 2017 um mehr als 14 Prozent, während sie im gleichen Zeitraum in Griechenland um 12 und in Spanien um 4 Prozent sanken. In anderen Ländern wie Italien (+ 5 %) oder Frankreich (+ 7 %) stiegen die Lohnstückkosten nur sehr gering. Interessanterweise kam es in diesen Ländern in der Krise zu einer negativen Produktivitätsentwicklung. So fiel die reale Arbeitsproduktivität in Frankreich im Zeitraum zwischen 2009 und 2016 um 2,3 und in Griechenland gar um mehr als 17 Prozent.⁸ Dass die Lohnstückkosten trotz des Produktivitätseinbruchs etwa in Griechenland nicht gestiegen, sondern gesunken sind, liegt daran, dass die Löhne noch stärker als die Produktivität gesunken sind.

⁸ Eurostat: Arbeitsproduktivität je Beschäftigte und geleistete Arbeitsstunde

Abbildung 2: Entwicklung der Lohnstückkosten seit 2010 für ausgewählte Länder im Vergleich



Quelle: AMECO und eigene Berechnung.

Das geschlechtsspezifische Lohngefälle ist seit dem Beginn der Krise im EU-Durchschnitt nahezu konstant: Es lag im Bereich der Industrie, des Baugewerbes und der Dienstleistungen (ohne staatliche Verwaltung) nach den Daten der Lohnstrukturhebung im Jahr 2008 im Durchschnitt bei 17,3 und im Jahr 2016 bei 16,3 Prozent. Hinter diesen Durchschnittswerten verbergen sich allerdings erhebliche länderspezifische Differenzen. In einigen Staaten ist das geschlechtsspezifische Lohngefälle deutlich rückläufig, in einzelnen Ländern ist es jedoch deutlich angewachsen. So lag das geschlechtsspezifische Lohngefälle im Jahr 2007 in Portugal nur bei 8,5, im Jahr 2016 dagegen bei 17,5 Prozent. Welche Entwicklungen diesen Daten zugrunde liegen, müsste Land für Land näher untersucht werden.

Der geschlechtsspezifische Gesamteinkommensunterschied, der sich daraus ergibt, dass Frauen im Durchschnitt geringere Löhne erhalten, dass die Zahl

ihrer vergüteten Arbeitsstunden geringer ist und dass ihre Erwerbsbeteiligung geringer ist, lag im EU-Durchschnitt im Jahr 2006 bei 44,2 und im Jahr 2014 bei 39,6 Prozent. Auch hier verbergen sich hinter den Durchschnittswerten erhebliche länderspezifische Differenzen. So liegt der geschlechtsspezifische Gesamteinkommensunterschied in Deutschland (2014: 45,2%) und Österreich (2014: 44,9%) noch erheblich über dem Durchschnitt.

Die Quote der Männer und Frauen, die als armutsgefährdet gelten, ist seit dem Beginn der jüngsten Krise im EU-Durchschnitt und in den meisten Mitgliedstaaten gestiegen, wobei die Quote der armutsgefährdeten Frauen nach wie vor höher liegt als diejenige der Männer (Tabelle 1).

Tabelle 1: Quote der armutsgefährdeten Männer und Frauen, 2007 und 2016 in Prozent

	2007		2016	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
EU-27 (vor dem Beitritt Kroatiens)	23,1	25,7	23,9	26,2
Deutschland	21,1	24,4	22,5	26,1
Frankreich	20,1	21,5	20,0	22,7
Großbritannien	24,7	28,0	23,4	25,8
Italien	25,4	29,1	27,2	29,3
Spanien	26,4	29,4	29,6	30,2
Portugal	24,5	26,7	25,4	27,3
Griechenland	27,1	29,0	28,0	28,2

Quelle: Eurostat. Anmerkung: Als armutsgefährdet gelten hier Personen, deren Einkommen weniger als 70 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens beträgt.

Die Erosion der Tarifstrukturen und die Schwächung der Gewerkschaften haben massive Auswirkungen auf die makroökonomische Steuerungsfähigkeit der Eurozone. Wie Keune (2016: 213ff.) ausführt, ermöglicht eine flächendeckende Verbreitung von Tarifverträgen zentrale wirtschaftspolitische Steuerungsoptionen. Dazu sind jedoch starke Gewerkschaften und staatliche lohnpolitische Interventionen etwa über die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen notwendig. Ein Blick auf den Organisationsgrad der Gewerkschaften und die Möglichkeiten staatlicher Lohnpolitik offenbart jedoch, dass nur noch in wenigen europäischen Mitgliedstaaten eine derartige Steuerung möglich wäre.

Mit dem europäischen Interventionismus wurden lediglich Instrumente zur Begrenzung des Lohnwachstums durchgesetzt, während Instrumente einer effektiven makroökonomischen Steuerung geschwächt wurden. Dementsprechend konnte keine Konvergenz der Lohnentwicklung hergestellt werden. Vielmehr wurden die Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten festgeschrieben und mitunter sogar vergrößert. So betrugen die durchschnittlichen Löhne und Gehälter in der verarbeitenden Industrie in Griechenland im Jahr 2008 etwa 48 Prozent derjenigen in Deutschland; im Jahr 2017 lagen die griechischen Löhne und Gehälter nur noch bei knapp 35 Prozent der deutschen.

Fraglich ist, ob die Krisenbearbeitung, welche die Krisenursachen in der mangelnden preislichen Wettbewerbsfähigkeit der südeuropäischen Peripherie verortete und dementsprechend einseitig auf lohn- und arbeitsmarktpolitische Anpassung zulasten der Lohnabhängigen in Südeuropa setzte, zu einer nachhaltigen Überwindung der Krise geführt hat.⁹

Betrachtet man zunächst die Entwicklung der Leistungsbilanzungleichgewichte, die häufig als Indikator für die Gesamtentwicklung der makroökonomischen Ungleichgewichte herangezogen werden, scheint die dominante Krisenbearbeitungsstrategie durchaus erfolgreich gewesen zu sein. War die Leistungsbilanz der Eurozone in der Krise zunächst negativ, so erzielt sie seit 2012 steigende Überschüsse. Obwohl diese aktuell wieder leicht rückläufig sind, gehen sie noch immer weit über das Vorkrisenniveau hinaus. Die Leistungsbilanzüberschüsse der Eurozone sind einerseits auf den Rückgang der Leistungsbilanzdefizite der südeuropäischen Peripherie und andererseits auf die wachsenden Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands zurückzuführen (EZB 2017).

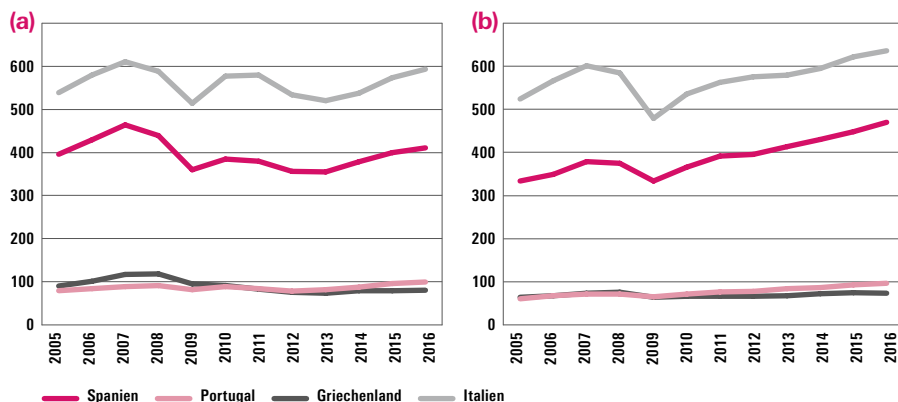
Dieser allgemeinen Leistungsbilanzentwicklung liegen jedoch spezifische Entwicklungstendenzen zugrunde, die für die Bewertung der Effektivität der Krisenbearbeitung entscheidender sind als die Betrachtung aggregierter Leistungsbilanzdaten. Zentral ist zunächst, dass der Rückgang der Leistungsbilanzdefizite seit 2012 durch den Verfall des

Ölpreises stark begünstigt wurde: So sank der Anteil der Ölimporte am BIP der Eurozone zwischen 2013 und 2017 von etwa 3,5 auf etwa 1,5 Prozent (EZB 2017). Vom Rückgang der Leistungsbilanzdefizite der südeuropäischen Peripherie lässt sich wiederum nicht unmittelbar auf eine Verbesserung ihrer internationalen Wettbewerbsposition schließen. Einen wesentlichen Anteil am Ausgleich der Leistungsbilanzen der südlichen Peripherie der Eurozone hatte der krisen- und austeritätspolitisch bedingte Rückgang der effektiven Kaufkraft und folglich der Importe (vgl. u. a. Lindner 2017; Gräbner u. a. 2017; Heine/Sablowski 2015: 579). Im Zuge dessen verlagerten sich auch die Exportüberschüsse Deutschlands: Seit 2012 ist der deutsche Außenhandelsüberschuss gegenüber dem Rest der Welt größer als gegenüber der Eurozone; 2016 war er bereits doppelt so hoch (Deutsche Bundesbank 2017: 21).

Vergleicht man die Entwicklung von Importen und Exporten der südeuropäischen Peripherie, zeigt sich jedoch durchaus ein ambivalentes Bild: Die Importe der südeuropäischen Peripherie brachen vor allem 2008/09 durch die Krise und danach (2012/13) durch die Austeritätspolitik ein, gleichzeitig zeichnet sich – mit Ausnahme Griechenlands – seit 2013 eine Steigerung der Exporte ab (Abb. 3). Inzwischen übersteigen diese das Vorkrisenniveau und tragen so ihrerseits zum Ausgleich der Leistungsbilanzen bei.

⁹ Wichtige Hinweise für diesen Abschnitt verdanken wir Jakob Hafele.

Abbildung 3: Die (a) Importe und (b) Exporte ausgewählter Krisenländer in Milliarden US-Dollar, konstante Preise (2010)



Quelle: Weltbank, eigene Zusammenstellung.

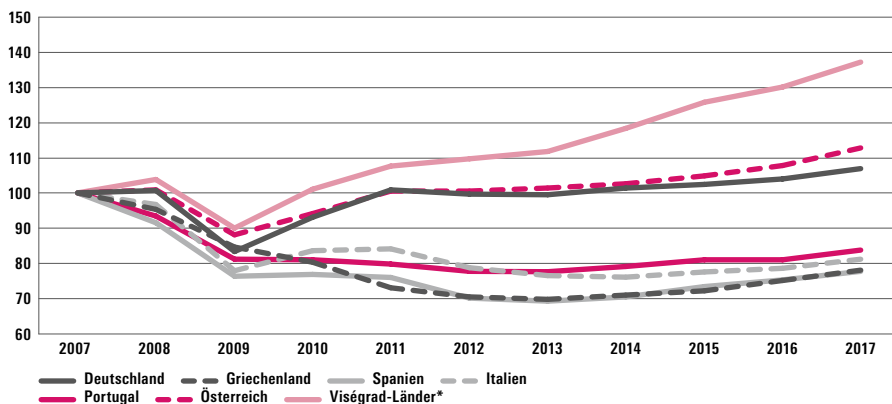
Dennoch gibt es eine Reihe von Anhaltspunkten, dass es seit der Krise nicht zu einem Abbau tiefer liegender Ungleichgewichte, sondern vielmehr zu einer weiteren Erosion der Produktionsstrukturen der Peripherie und einer Verschärfung der Polarisierung innerhalb der Eurozone gekommen ist (vgl. auch: Gräbner u. a. 2017; grundlegend: Becker u. a. 2015; Schneider 2017: 28 ff.). Hierfür spricht zunächst die Entwicklung der Industrieproduktion. Während diese in Deutschland und Österreich kurz nach der Krise bereits wieder das Vorkrisenniveau (2007) überstieg, brach sie in der südeuropäischen Peripherie massiv und anhaltend ein. In Spanien und Griechenland hat die Industrieproduktion noch nicht einmal 80 Prozent des Vorkrisenniveaus erreicht. Auch in Portugal und Italien liegt sie noch weit unter Vorkrisenniveau (Abb. 4). Aufgrund der Länge des Einbruchs ist anzunehmen, dass Produktionskapazitäten in der Peripherie nicht bloß unausgelastet blieben, son-

dern mittlerweile auch dauerhaft abgebaut wurden.

Ein weiterer Anhaltspunkt für die zunehmende Erosion der Produktionsstrukturen in der südeuropäischen Peripherie ist die Entwicklung der sektoralen Exportzusammensetzung. Während in Deutschland und Österreich der Anteil der Sektoren Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik und chemische Industrie¹⁰ an den gesamten Exporten im Vorkrisenjahr 2007 bei 61,4 bzw. 50,1 Prozent lag und bis 2016 weiter anstieg (63,1 bzw. 51,8%), zeichnet sich bei den Ländern der südeuropäischen Peripherie ein Bedeutungsverlust dieser Sektoren in der Exportstruktur ab – wenn auch in unterschiedlich starkem Ausmaß. So sank der Anteil dieser Sektoren an den gesamten Exporten in Portugal im selben Zeitraum von 37,9 auf 35,5 Prozent, in Spanien von 50,5 auf 48,3 Prozent und im

¹⁰ Nach Standard International Trade Classification (SITC1), code 5 («chemische Erzeugnisse») und 7 («Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge»).

**Abbildung 4: Industrieproduktion (ohne Baugewerbe),
2007 = 100, *Durchschnitt**



Quelle: OECD, eigene Berechnung.

ohnehin bereits stark deindustrialisierten Griechenland von 24,3 auf 19,6 Prozent (UN 2018).

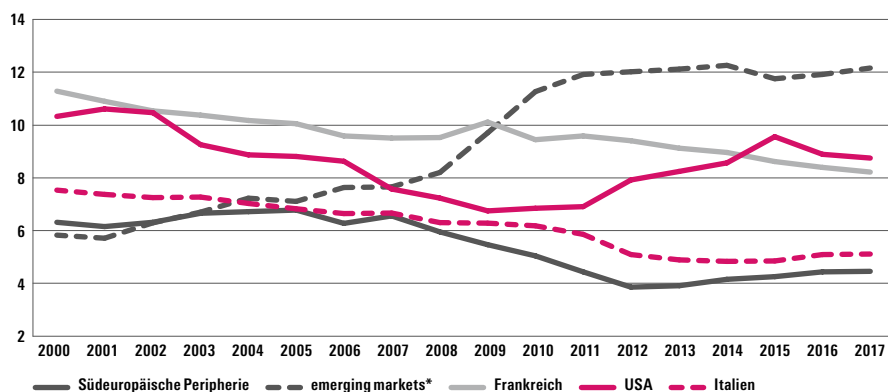
Auch die technologische Komplexität der südeuropäischen Produktionsstrukturen nahm – gemessen an dem sogenannten Economic Complexity Indicator¹¹ (ECI) und dem Product Complexity Indicator (PCI) – ab. Gräbner u. a. (2017: 16 ff.) zeigen, basierend auf dem PCI, dass der deutsche Anteil an den Exporten der EU einen überdurchschnittlich großen Anteil von Produkten hoher technologischer Komplexität aufweist, während sich beispielsweise der spanische oder portugiesische Anteil an den Exporten der EU aus deutlich unterdurchschnittlich komplexen Produkten zusammensetzt. Dem entspricht, dass im internationalen, auf dem ECI basierenden Ranking zwischen 2000 und 2016 Portugal von Platz 32 auf Platz 36, Spanien von Platz 20 auf Platz 33 und Griechenland von Platz 47 auf Platz 58 abrutschten (CID 2018). Dies deutet nicht nur auf einen Abstieg der

südeuropäischen Peripherie innerhalb der internationalen Arbeitsteilung hin. Da Länder wie Deutschland, Österreich, Schweden oder Finnland neben Japan, Südkorea und den USA nach wie vor über die komplexesten Produktionssysteme weltweit verfügen, lässt sich dies als Anhaltspunkt für die Polarisierung innerhalb der europäischen Arbeitsteilung interpretieren.

Eine entgegengesetzte Entwicklung zeigt sich bei den Ländern der sogenannten Visegrád-Gruppe. Die Industrieproduktion entwickelte sich hier noch schneller als in Deutschland und Österreich und ist inzwischen gegenüber dem Vorkrisenniveau um mehr als ein Drittel gewachsen (Abb. 4), wenn auch auf der Grundlage wachsender interner Polarisierung und struktureller Heterogenität (Hürtgen 2015). In der auf dem ECI ba-

¹¹ Der Economic Complexity Indicator des Harvard Center for International Development setzt sich zusammen aus dem Grad der Diversität der Exporte eines Landes und dem Grad ihrer Seltenheit bzw. Einzigartigkeit (CID 2018).

Abbildung 5: Anteile verschiedener Länder(-gruppen) an den gesamten Exporten Deutschlands in Prozent; emerging markets* = China (inkl. Hong-kong), Indien, Brasilien, Indonesien, Südkorea, Türkei



Quelle: IWF Direction of Trade Data, eigene Berechnung.

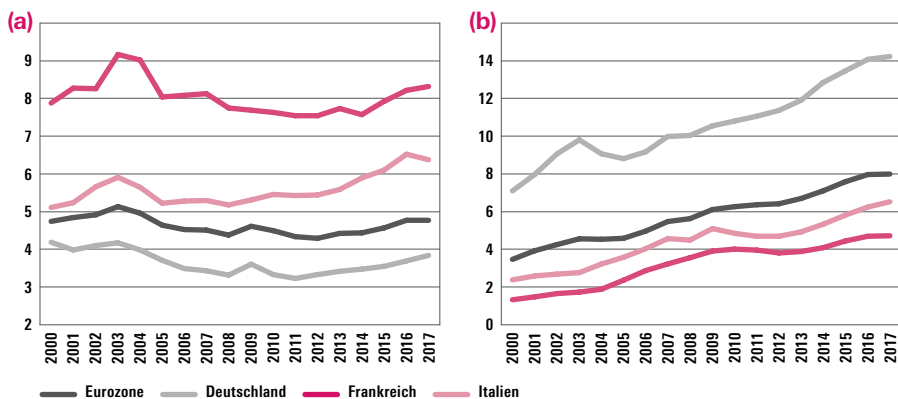
sierenden Rangliste hielten die Visegrád-Länder ihre Position oder stiegen sogar leicht auf. Auch der Anteil der Bereiche Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik und chemische Industrie stieg von durchschnittlich 57 auf 59,6 Prozent, in der Slowakei sogar von 57 auf 64,7 Prozent (UN 2018). Da es sich hierbei jedoch überwiegend um den Export von Zwischengütern innerhalb von Produktionsketten handelt, deuten diese Indikatoren weniger auf eine dominante Stellung in der europäischen Arbeitsteilung als vielmehr auf die Einbindung in das deutsche Produktionssystem und Exportmodell hin.

Dieser Entwicklung entsprechen tiefgreifende Umbrüche in der Regionalstruktur des Außenhandels innerhalb der Eurozone. So hat die südeuropäische Peripherie als Absatzmarkt für deutsche Exporte relativ und absolut an Bedeutung verloren, auch wenn sich aktuell wieder eine leichte Erhöhung des Strukturanteils der südeuropäischen Peripherie ab-

zeichnet. Gleichzeitig verlagern sich die deutschen Exporte zunehmend auf die sogenannten «emerging markets» der Schwellenländer – eine Entwicklung, die bereits vor der Krise einsetzte, durch den krisen- und austeritätspolitischen Nachfrageeinbruch in der Eurozone jedoch nochmals verstärkt wurde (Abb. 5). Von dieser Entwicklung profitieren wiederum Teile der mittel- und osteuropäischen Peripherie, die durch Direktinvestitionen und Offshoring in das deutsche Produktionssystem und Exportmodell eingebunden sind (Simonazzi u. a. 2013; vgl. Gräbner u. a. 2017).

Vergleicht man zudem die Entwicklung der Anteile der südeuropäischen Peripherie und der Visegrád-Gruppe an den Importen der größten Volkswirtschaften der Eurozone und der gesamten Eurozone seit 2000 (Abb. 6), so wird deutlich, dass die Visegrád-Länder seit Ausbruch der Krise – mit Ausnahme Polens – noch

Abbildung 6: Importe aus (a) der südeuropäischen Peripherie und (b) den Viségrad-Ländern als prozentualer Anteil an den gesamten Importen



Quelle: IWF Direction of Trade Data, eigene Berechnung.

tiefer in das deutsche Produktionssystem integriert wurden und ihr wirtschaftliches Gewicht auch für die gesamte Eurozone wuchs (Becker 2018). Demgegenüber stieg lediglich in Italien und – mit wechselnder Tendenz – auch Frankreich der Importanteil der südeuropäischen Peripherie, während ihre Anteile an den Importen der gesamten Eurozone stagnierten und ihre Anteile an den Importen Deutschlands – trotz aktuell wieder leicht steigender Tendenz – vergleichsweise niedrig blieben.

So ergibt sich einerseits die Tendenz, dass die südeuropäische Peripherie aus der Perspektive des dominanten deutschen Produktionssystems weiter marginalisiert bleibt bzw. sich diese relative Marginalisierung mit Blick auf die Bedeutung der südeuropäischen Peripherie als Absatzmarkt für deutsche Exporte sogar verschärft. Andererseits zeichnet sich eine Verstärkung der bereits länger bestehenden Dualisierungstendenz zwischen

Nord(-Ost)- und Südeuropa ab: Während sich jeweils die Handelsbeziehungen innerhalb des südeuropäischen Blocks (inkl. Frankreichs) sowie innerhalb des Blocks des deutschen Produktionssystems und seinen Zuliefererökonomien vertiefen, verlieren die Wirtschaftsbeziehungen zwischen diesen Blöcken relativ an Bedeutung.

Auf politischer Ebene bedeutet dies zunächst eine relative Schwächung Südeuropas und folglich auch eine wachsende Asymmetrie in der für den bisherigen europäischen Integrationsprozess konstitutiven deutsch-französischen Achse (Heine/Sablowski 2015; Schneider/Syrovatka 2017). Darüber hinaus steht hinter dem politischen Bedeutungszuwachs der Viségrad-Länder auch eine medial weit weniger beachtete ökonomische Gewichtsverlagerung von Süden nach Osten. Dieser Bedeutungszuwachs hängt seinerseits jedoch stark von den Entwicklungsmustern des deutschen

Produktionssystems ab, was wiederum den politischen Handlungsspielraum der Viségrad-Länder – besonders jenen der stärker außenorientierten Länder Slowakei, Ungarn und Tschechien – einschränkt. So suchte beispielsweise die

Orban-Regierung die Konfrontation mit ausländischem Bankkapital und dem IWF, stellte jedoch die starke Dominanz ausländischer, insbesondere deutscher Direktinvestitionen bisher nicht infrage (Becker 2018).

5 ITALIEN ALS NEUER VERDICHTUNGSPUNKT DER WIDERSPRÜCHE

Trotz des Rückgangs der Leistungsbilanzungleichgewichte setzen sich innerhalb der Eurozone also tiefer liegende Muster ungleicher Entwicklung fort. Die für den Prozess europäischer Wirtschaftsintegration wohl entscheidende Nord-Süd-Spaltung vertieft sich. Nachdem die Krisen in Griechenland, Portugal und Spanien einigermaßen eingedämmt wurden, verdichten sich die Widersprüche dieser ungleichen Entwicklung aktuell vor allem in Italien. Anders als bei Portugal, Spanien oder Griechenland lässt sich für Italien auf den ersten Blick kein signifikanter Abstieg in der internationalen Arbeitsteilung feststellen. Auf der ECI-Rangliste stand Italien im Jahr 2000 auf Platz 13, im Jahr 2016 auf Platz 16. Der kombinierte Anteil der chemischen Industrie und des Maschinen- und Fahrzeugbaus an den italienischen Exporten ist seit dem Beginn der jüngsten Krise sogar leicht gestiegen – von 47,1 Prozent im Jahr 2007 auf 48,7 Prozent im Jahr 2016. Dennoch weist der Einbruch der Industrieproduktion darauf hin, dass wir es auch in Italien mit einer Tendenz zur Aushöhlung des Produktionssystems zu tun haben.

Italien nimmt in der Hierarchie der europäischen Arbeitsteilung eine Zwischenposition zwischen Deutschland und den

peripheren Ländern Ost- und Südeuropas ein. Das Land weist einen ähnlich breit gefächerten Produktionsapparat auf wie Deutschland, wobei allerdings «traditionelle» Branchen der Konsumgüterproduktion wie Bekleidung, Schuhe, Lederartikel, Möbel, Lebensmittel ein stärkeres Gewicht haben. Auch im Maschinenbau ist Italien stark, wobei dieser nicht so breit gefächert ist wie in Deutschland und stärker auf die traditionell im Land starken Sektoren der Leichtindustrie bezogen ist. In der Fahrzeugproduktion, dem Maschinenbau, der chemischen und pharmazeutischen Industrie konkurriert Italien mit Ländern wie Deutschland, Frankreich, Japan oder den USA, während es in den «traditionellen» Branchen der Leichtindustrie mit der wachsenden Konkurrenz peripherer, sich neu industrialisierender Länder konfrontiert ist. Durch eine Reihe von Faktoren konnten die italienischen Produzenten lange Zeit ihre Konkurrenzfähigkeit trotz ihrer «Sandwichposition» verteidigen. An erster Stelle ist hier die spezifische Form der industriellen Organisation zu nennen: In Italien entstanden in einer Reihe von Branchen industrielle Distrikte, das heißt räumlich verdichtete Netzwerke flexibel spezialisierter kleiner und mittlerer Unternehmen, die entlang von Warenketten

intensive Kooperationsbeziehungen und eine hohe Anpassungsfähigkeit an sich verändernde Marktbedingungen entwickelten. Zweitens konnte Italien vor der Bildung der Europäischen Währungsunion durch die wiederholte Abwertung der eigenen Währung die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industrie aufrechterhalten.

Seit den 1990er Jahren haben sich die Konkurrenzbedingungen durch die Transformationen in Osteuropa und China sowie durch die Europäische Währungsunion jedoch gravierend geändert. Während die deutschen Exporteure schon in den 1980er Jahren unter den Bedingungen des Europäischen Währungssystems bewiesen, dass sie auch mit Währungsaufwertungen leben können, gerieten die italienischen Produzenten zunehmend unter Druck, nachdem die Möglichkeit zur Abwertung der eigenen Währung entfiel. Die Unterschiede im Spezialisierungsprofil der deutschen und italienischen Produzenten wirken sich nun in der Währungsunion so aus, dass die deutschen einen Extravorteil erzielen können, weil der Euro für sie relativ unterbewertet ist, während die italienischen Produzenten mit einer relativen Überbewertung des Euro konfrontiert sind. Der Kostensenkungsdruck wird dadurch verstärkt. Nicht nur Großunternehmen, auch kleine und mittlere Unternehmen haben in Italien mit Produktionsverlagerungen ins Ausland, primär nach Osteuropa reagiert. Zwar sind die Wachstumsraten der Direktinvestitionen italienischer Unternehmen im Ausland in den Krisenjahren 2008 bis 2012 gegenüber der Phase 2003 bis 2008 zurückgegangen, im gesamten Zeitraum lagen sie aber höher als die Wachstumsraten der ausländischen Direktinvestitionen

Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens (Heine 2015: 40 ff.).¹² Während Niedriglohnstandorte wie Algerien, Ägypten und Polen schon länger wichtige Zielgebiete italienischer Direktinvestitionen sind, weisen italienische Direktinvestitionsbestände in Ländern wie Albanien, Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Serbien, Ungarn, Tschechien und der Türkei in den letzten Jahren hohe Wachstumsraten auf (Banca d'Italia 2017). In Serbien sind italienische Unternehmen, beispielsweise gemessen an der Anzahl der Investitionsprojekte und am Wert der ausländischen Direktinvestitionen, die größten Investoren (RAS 2017: 4). Neben einem Joint Venture von Fiat-Chrysler in der Automobilfertigung sowie Banken und Versicherungen sind es hier vor allem Unternehmen aus der Textil- und Bekleidungsindustrie, die in Serbien investiert haben (Radenković 2016: 33). In dem Maße, in dem ausländische Produktionsstandorte in die Produktionsketten italienischer Unternehmen und ihrer Zulieferer eingebunden werden, werden die Produktionsnetzwerke in Italien löchriger. Während Italien lange Zeit ähnlich wie Deutschland ein außergewöhnlich hohes Niveau industrieller Beschäftigung aufrechterhalten konnte, scheint sich jetzt auch hier ein Trend der partiellen Deindustrialisierung durchzusetzen.

In der verarbeitenden Industrie sind zwischen 2001 und 2011 fast eine Million Arbeitsplätze verloren gegangen (von 4,8 Mio. auf knapp 3,9 Mio.). Von ca.

¹² Ausländische Direktinvestitionen werden aus unterschiedlichen Motiven vorgenommen. Ein großer Teil dient der Markterschließung oder erfolgt im Zuge von Fusionen und Übernahmen, spielt sich also primär zwischen den kapitalistischen Zentren ab. Nur ein Teil der Direktinvestitionen erfolgt aus Gründen der Kostensenkung bzw. in Form des Aufbaus neuer Produktionsstätten («greenfield investments»). Insofern sind die Zahlen zu den ausländischen Direktinvestitionen für das hier interessierende Problem nur eingeschränkt aussagekräftig.

527.000 Betrieben sind mehr als 100.000 in diesem Zeitraum verschwunden. Besonders ausgeprägt waren die Arbeitsplatzverluste in der Textil- und Bekleidungsindustrie (von mehr als 600.000 Arbeitsplätzen auf weniger als 370.000). Insgesamt waren die Arbeitsplatzverluste in den «traditionellen» Branchen der Leichtindustrie größer als etwa im Fahrzeugbau oder Maschinenbau (Istat 2011).

Diese ökonomischen Transformationen bilden den Hintergrund für die politischen Krisenerscheinungen und die Umbrüche im italienischen Parteiensystem sowie für das Wachstum jener Kräfte, die einen Austritt Italiens aus der WWU anstreben. Italien könnte insofern nicht nur zum Verdichtungs-, sondern auch zum Eskalationspunkt der Widersprüche

europäischer Krisenbearbeitung werden: Anders als im Zentrum der Eurozone wenden sich relevante Kapitalfraktionen in Italien vom Euro ab, gleichzeitig würde ein Ausscheiden aus der Eurozone – anders als ein «Grexit» – allein schon aufgrund der Größe der italienischen Ökonomie das Fortbestehen der WWU als Ganzer infrage stellen. Die gegenwärtige Regierung von Lega und Cinque Stelle hat zwar von dem Ziel des Austritts aus der Währungsunion vorerst Abstand genommen, doch die Ankündigung der Regierung, die Defizitregeln der WWU gegebenenfalls zu brechen, um notwendige Investitionen zu realisieren oder neue Sozialleistungen einzuführen, hat bereits ausländische Investoren verstärkt italienische Staatsanleihen abstoßen lassen (Financial Times 2018).

6 SCHLUSSFOLGERUNGEN

Wie im zweiten Abschnitt dieses Textes anhand der Europäisierung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik dargestellt, kann durchaus davon gesprochen werden, dass die Krise zu einem neuen Schub der Vertiefung der europäischen Integration geführt hat. Auch Politikfelder, die nach den europäischen Verträgen eigentlich explizit Gegenstand nationaler und nicht europäischer Regelung sind, werden zunehmend den sanktionsbewehrten Koordinierungsmechanismen auf EU-Ebene unterworfen. Der neoliberale Integrationsmodus hat sich dabei nicht substantiell verändert; neoliberale Politik wurde vielmehr radikalisiert und zunehmend autoritär durchgesetzt. Die Austeritätspolitik soll durch diese Krisenbearbeitung gleichsam auf Dauer ge-

stellt werden, und dies nicht nur für die von europäischen Krediten abhängigen Länder, sondern für alle EU-Mitgliedsstaaten.

Bei der Interpretation dieses Sachverhalts sollte man allerdings nicht verkennen, dass die Austeritätspolitik keineswegs nur der EU geschuldet ist, sondern als Teil des kapitalistischen Krisenmanagements eine gewisse Zwangsläufigkeit besitzt: Für die Kapitalistenklassen und ihre intellektuellen und politischen VertreterInnen ist es naheliegend, auf die Austeritätspolitik zurückzugreifen, um auf Kosten der Lohnabhängigen die sich ausweitende Staatsverschuldung einzudämmen und die Profitabilität des Kapitals wiederherzustellen. In jeder großen Krise kommt es zu ähnlichen Prozessen.

Erinnert sei zum Beispiel an Brünnings Deflationspolitik in den 1930er Jahren. Und auch in den 1970er Jahren folgte ähnlich wie in der jüngsten Krise auf eine erste, «keynesianische» Phase des Krisenmanagements der Übergang zur Austeritätspolitik – Anfang der 1980er Jahre war vom «monetaristischen Schock» die Rede. Insofern muss die europäische Krisenpolitik als eine Variante eines allgemeineren Prozesses begriffen werden. Isabel Ortiz u. a. (2015) zeigen, dass Maßnahmen wie das Einfrieren oder die Senkung der Löhne, die Erhöhung der Konsumsteuern, Rentenreformen, Arbeitsmarktreformen, Gesundheitsreformen und Privatisierungen in zahlreichen Ländern weltweit im Anschluss an die jüngste Krise durchgesetzt wurden bzw. noch geplant sind. Allerdings ist die Austeritätspolitik in der EU nicht bloß Krisenpolitik, sondern hat gleichsam Verfassungscharakter angenommen. Sie ist auch Ausdruck der Generalisierung des neomerkantilistischen Wachstumsmodells, das von der herrschenden Klasse in Deutschland vorexerziert wird. Dieses wird mit der Krisenbearbeitung gewissermaßen von der nationalen auf die EU-Ebene transponiert.

Die sich nicht nur in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, sondern auch beim Grenzschutz, der polizeilichen und geheimdienstlichen Zusammenarbeit und in der Militärpolitik abzeichnende Vertiefung der europäischen Integration ist allerdings nur eine Seite der Medaille. Während die europäische Integration gerade in ihrer autoritären und repressiven Form voranschreitet, werden die inneren Widersprüche und Desintegrationstendenzen der EU durch das Krisenmanagement keineswegs überwunden, sondern lediglich verschoben und in anderer

Form reproduziert. So wurden die Zahlungsbilanzungleichgewichte zwar teilweise abgebaut und zahlreiche Länder, die noch vor einigen Jahren Leistungsbilanzdefizite aufwiesen, verzeichnen nun Leistungsbilanzüberschüsse. Aber unter der Oberfläche von Zahlungsbilanzstatistiken hat sich die hierarchische Arbeitsteilung innerhalb der EU vertieft. Auf diese Weise setzen sich jene Tendenzen fort, die zur Eurokrise beigetragen haben – und dies mitunter sogar in verschärfter Form: Die periphere Integration Osteuropas in die europäische Arbeitsteilung, die in den Visegrád-Staaten durchaus mit einem Aufholprozess und einer – wenn auch in vielerlei Hinsicht problematischen – zunehmend selbstbewussten Interessenartikulation verbunden ist, korrespondiert mit einer Fortsetzung des tendenziellen Abstiegs der südeuropäischen Peripherie und einer Vertiefung der Nord-Süd-Spaltung der Eurozone. Diese Spaltung schlägt sich auch in wachsenden Lohndifferenzen und Differenzen in den Lebensbedingungen zwischen den südeuropäischen Krisenländern und dem Norden der EU nieder. Insgesamt lässt sich also keineswegs von einem Konvergenzprozess sprechen; die Divergenzen haben lediglich ihre Form gewechselt und zeigen sich jetzt in anderer Weise.

Auf politischer Ebene ist dies in Südeuropa mit einer tief greifenden Erosion der traditionellen Parteiensysteme verbunden. Könnten die herrschenden Klassen die Folgen dieser politischen Erschütterungen bisher – wie im Falle Griechenlands – einigermaßen eindämmen, so könnten die aktuellen Umbrüche in Italien aufgrund der Größe und Stellung des Landes schnell auf die WWU als Ganze durchschlagen und den Fortbestand

der Eurozone insgesamt infrage stellen. Aber auch die bisher erfolgreiche neomerkantilistische Strategie des Blocks exportorientierter Zentrumsökonomien um Deutschland selbst stößt zunehmend an Grenzen. Die Abhängigkeit von einer stabilen, von den USA sanktionierten Freihandelsordnung und von der auf Verbrennungsmotoren spezialisierten Automobilbranche, die in den letzten Jahrzehnten noch gewachsen ist, erweist sich nun als Achillesferse des deutschen Exportmodells. Der sich anbahnende Handelskrieg mit den USA zeigt, dass diese neomerkantilistische Politik auf Dauer nicht funktioniert, weil mächtige Handelspartner wachsende Leistungsbilanzdefizite im Austausch mit Deutschland längerfristig nicht hinnehmen werden. Dies könnte wiederum Spannungen und Widersprüche innerhalb der WWU vertiefen. Denn einerseits würde dann der europäische Binnenmarkt für Deutschland wieder an Bedeutung gewinnen, nachdem er seit den 1990er Jahren an Bedeutung verloren hat. Andererseits fehlt hierfür jedoch aufgrund der austeritätspolitischen Krisenbearbeitung die effektive Nachfrage – und deren Ausweitung über verstärkte Kreditschöpfung und Kapitalzuflüsse aus dem Ausland würde wiederum in eine Situation langfristig nicht tragfähiger Zahlungsbilanzungleichgewichte führen. Ob der mögliche neuerliche Bedeutungszuwachs des europäischen Binnenmarktes die Bereitschaft des deutschen Machtblocks erhöht, auf die französische Position einzugehen und gemeinschaftlichen

Transfer- und Haftungsmechanismen bei der Vertiefung der WWU zuzustimmen, um die Wirtschaftsentwicklung Südeuropas zu stabilisieren (Schneider/Syrovatka 2017), lässt sich derzeit noch nicht absehen. Aktuell scheinen sich die Widersprüche innerhalb der WWU auf politischer Ebene vielmehr in zunehmenden Spannungen im deutsch-französischen Verhältnis zu entladen. Denn während Deutschland auf Frankreich angewiesen ist, um im Rahmen der EU mit entsprechendem handelspolitischen Gewicht mit den USA verhandeln zu können, weist Frankreich ähnlich wie die USA ein hohes Leistungsbilanzdefizit mit Deutschland auf.

Die ökonomische Krise wurde also kurzfristig insbesondere auf Kosten der Lohnabhängigen in Südeuropa gelöst. Die ihr zugrunde liegenden Widersprüche wurden jedoch lediglich verlagert und verdichten sich aktuell insbesondere in Italien. Trotz und gerade wegen ihrer Vertiefung wird die europäische Wirtschaftsintegration in ihrer aktuell dominanten Form zunehmend fragiler.

Thomas Sablowski ist Referent für Politische Ökonomie der Globalisierung im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Etienne Schneider ist Universitätsassistent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und Redakteur der Zeitschrift PROKLA. Felix Syrovatka promoviert an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen zum Wandel der europäischen Arbeitsmarktpolitik und ist Postgraduate Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Altwater, Elmar (1978): Politische Implikationen der Krisenbereinigung. Überlegungen zu den Austerity-Tendenzen in Westeuropa, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 8(32), S. 43–72.

Banca d'Italia (2017): Investimenti diretti per paese controparte, unter: <https://bit.ly/2zHRiS4>.

Becker, Joachim (2018): Die Visegrád-4 und die EU: Zwischen Abhängigkeit und partieller Dissidenz, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 48(191), S. 417–436.

Becker, Joachim/Jäger, Johannes/Weissenbacher, Rudy (2015): Uneven and dependent development in Europe: The crisis and its implications, in: Jäger, Johannes/Springler, Elisabeth (Hrsg.): Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures, London, S. 81–97.

Bieling, Hans-Jürgen (2013): Das Projekt der Euro-Rettung und die Widersprüche des europäischen Krisenkonstitutionalismus, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 20(1), S. 89–103.

Bieling, Hans-Jürgen/Buhr, Daniel (2015): Welten der Krise in vergleichender Perspektive, in: Bieling, Hans-Jürgen/Buhr, Daniel (Hrsg.): Europäische Welten in der Krise. Arbeitsbeziehungen und Wohlfahrtsstaaten im Vergleich, Frankfurt a. M., S. 327–351.

Celi, Giuseppe/Ginzburg, Andrea/Guarascio, Dario (2018): Crisis in the European monetary union. A core-periphery perspective, New York.

Chasoglou, Janis (2015): Griechenland: Umbau oder Abriss des Wohlfahrtsstaates, in: Bieling, Hans-Jürgen/Buhr, Daniel (Hrsg.): Europäische Welten in der Krise. Arbeitsbeziehungen und Wohlfahrtsstaaten im Vergleich, Frankfurt a. M., S. 243–272.

CID – Center for International Development Harvard University (2018): Atlas of Economic Complexity, unter: <https://bit.ly/LRERFz>.

Coelho, Vítor (2018): Relatório Anual da Negociação Colectiva 2017, Lissabon.

COM – Europäische Kommission (2012): Labour Market Developments in Europe. European economy, Luxemburg.

COM – Europäische Kommission (2015): Europäischer Struktur- und Investitionsfonds 2014–2020. Offizielle Texte und Kommentare. Regionalpolitik und Stadtentwicklung, Luxemburg.

Degryse, Christophe/Jepsen, Maria/Pochet, Philippe (2013): The Euro crisis and its impact on national and European social policies. Working Paper, Brüssel.

Deubner, Christian/Rehfeld, Udo/Schlupp, Frieder/Ziebura, Gilbert (Hrsg.) (1979): Die Internationalisierung des Kapitals, Frankfurt a. M.

Deutsche Bundesbank (2017): German balance of payments in 2016, Frankfurt a. M.

Deutsche Bundesbank (2018): Lohnwachstum in Deutschland: Einschätzung und Einflussfaktoren der jüngeren Entwicklung, in: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank 70(4), S. 13–28.

Dosi, Giovanni/Fagiolo, Giorgio/Napoletano, Mauro/Roventini, Andrea/Treibich, Tania (2015): Fiscal and monetary policies in complex evolving economies, in: *Journal of Economic Dynamics and Control* 52, S. 166–189.

Eichhorst, Werner/Tobsch, Verena (2017): Atypische Beschäftigung in Europa, in: *WSI-Mitteilungen* 70(1), S. 62–69.

Erne, Roland (2015): European Economic Governance. Auf dem Weg zu einer erzwungenen Integration nationaler Arbeitsbeziehungen?, in: Pernicka, Susanne (Hrsg.): *Horizontale Europäisierung im Feld der Arbeitsbeziehungen*, Wiesbaden, S. 183–200.

EZB – Europäische Zentralbank (2017): Recent developments in the euro area current account balance, unter: <https://bit.ly/2uAyl8O>.

Financial Times (2018): Foreign investors step up efforts to shed Italian bonds, in: *Financial Times Online*, 22.8.2018, unter: www.ft.com.

Gräbner, Claudius/Heimberger, Philipp/Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard (2017): Is Europe disintegrating? Macroeconomic divergence, structural polarization, trade and fragility, ICAE Working Paper Series, Linz.

Guntrum, Simon (2018): Zurück in der Spur: Die europäische Finanzmarktintegration von der Krise bis zur Kapitalmarktunion, in: Bieling, Hans-Jürgen/Guntrum, Simon (Hrsg.): *Neue Segel, alter Kurs? Die Eurokrise und ihre Folgen für das europäische Wirtschaftsregieren*, Wiesbaden, S. 132–164 (i. E.).

Hajek, Katharina/Opratko, Benjamin (2016): Crisis Management by Subjectivation: Toward a Feminist Neo-Gramscian Framework for the Analysis of Europe's Multiple Crisis, in: *Globalizations* 13(2), S. 217–231.

Heine, Frederic (2015): Der europäische Kapitalismus im Ungleichgewicht. Internationalisierungsdynamiken und innereuropäische Machtverhältnisse in der Krise der Eurozone, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studie 2/2015, Berlin.

Heine, Frederic/Sablowski, Thomas (2015): Zerfällt die Europäische Währungsunion? Handels- und Kapitalverflechtungen, Krisenursachen und Entwicklungsperspektiven der Eurozone, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 45(181), S. 563–592.

Hong, Gee Hee/Kóczán, Zsóka/Lian, Weicheng/Nabar, Malhar (2018): More Slack than Meets the Eye?, WP/18/50, March 2018. Recent Wage Dynamics in Advanced Economies. IMF Working Paper, Washington DC.

Hürtgen, Stefanie (2015): Das Konzept der strukturellen Heterogenität und die Analyse fragmentierter Wachstumsgesellschaften in Europa. Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, Jena.

INE (2017): Η ελληνική οικονομία και η απασχόληση. Ετήσια Έκθεση 2017, Athen.

Istat – Istituto nazionale di statistica (2011): Censimento industria e commercio, unter: <https://bit.ly/1HtyWCc>.

Kader, Maria (2018): Das europäische Banken- und Finanzsystem 10 Jahre nach der Krise, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 48(192), S. 381–398.

Keune, Maarten (2016): Weniger Steuerungsmöglichkeiten und mehr Ungleichheit. Der Angriff auf die Tarifvertragssysteme in der EU und seine Folgen, in: Müller, Torsten/Schulten, Thorsten/van Gyes, Guy (Hrsg.): Lohnpolitik unter europäischer «Economic Governance». Alternative Strategien für inklusives Wachstum, Hamburg, S. 209–220.

Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2012): Genderdimension der neuen EU Economic Governance, in: Kurswechsel 1/2012, S. 23–35.

Komsopoulos, Jannis (2015): Irland; Alles beim Alten? In: Bieling, Hans-Jürgen/Buhr, Daniel (Hrsg.): Europäische Welten in der Krise. Arbeitsbeziehungen und Wohlfahrtsstaaten im Vergleich, Frankfurt a. M., S. 217–242.

Leschke, Janine/Theodoropoulou, Sotiria/Watt, Andrew (2015): Towards «Europe 2020»? Austerity and new economic governance in the EU, in: Lehndorff, Steffen (Hrsg.): Divisive integration. The triumph of failed ideas in Europe – revisited, Brüssel, S. 295–330.

Lindner, Fabian (2017): Die deutschen Überschüsse in der Leistungsbilanz: Hohe Wettbewerbsfähigkeit oder zu schwache Nachfrage?, unter: <https://bit.ly/2LkbTNQ>.

Lübker, Malte/Schulten, Thorsten (2017): Europäischer Tarifbericht des WSI – 2016/2017, in: WSI-Mitteilungen 70(6), S. 421–431.

Lux, Julia/Komsopoulos, Jannis (2018): Sozialpolitischer Interventionismus, in: Bieling, Hans-Jürgen/Guntrum, Simon (Hrsg.): Neue Segel, alter Kurs? Die Eurokrise und ihre Folgen für das europäische Wirtschaftsregieren, Wiesbaden, S. 164–190 (i. E.).

Marginson, Paul/Welz, Christian (2015): European wage-setting mechanisms under pressure. Negotiated and unilateral change and the EU's economic governance regime, in: Transfer: European Review of Labour and Research 21(4), S. 429–450.

Meardi, Guglielmo (2014): Arbeitsbeziehungen in der Zerreißprobe? Reformen in Italien und Spanien während der Großen Rezession, in: WSI-Mitteilungen 67(6), S. 430–438.

Milios, John/Sotiropoulos, Dimitris P. (2010): Crisis of Greece or crisis of the euro? A view from the European «periphery», in: Journal of Balkan and Near Eastern Studies 12(3), S. 223–240.

Müller, Torsten (2015): Die Troika: Kontrolle der Kontrolleure, in: Alemann, Ulrich von u. a. (Hrsg.): Ein soziales Europa ist möglich, Wiesbaden, S. 261–284.

Müller, Torsten/Platzer, Hans-Wolfgang (2016): Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen im Europa der Krise. Strukturdaten und Entwicklungstrends im Vergleich, in: Bsirske, Frank u. a. (Hrsg.): Gewerkschaften in der Eurokrise. Nationaler Anpassungsdruck und europäische Strategien, Hamburg, S. 10–44.

Müller, Torsten/Schulten, Thorsten (2018): Ein Ende des lohnpolitischen Interventionismus? Perspektiven für eine lohnpolitische Neuorientierung in Europa, in: Soukup, Nikolai (Hrsg.): Kurswechsel in Richtung eines sozialen Europa. Perspektiven für eine Stärkung der sozialen Dimension der EU, Wien (i. E.).

Ortiz, Isabel/Cummins, Matthew/Capaldo, Jeronim/Karunanethy, Kalaivani (2015): The Decade of Adjustment: A Review of Austerity Trends 2010–2020 in 187 Countries. Extension of Social Security Series. ESS Working Paper, Genf, unter: <https://bit.ly/2uDI4AO>.

Ötsch, Rainald/Troost, Axel (2018): Chance vertan. Zehn Jahre Finanzkrise und Regulierung der Finanzmärkte – eine Bilanz, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin.

Radenković, Ivan (2016): Foreign direct investments in Serbia, Belgrad, unter: <https://bit.ly/2uxxaMT>.

RAS – Razvojna agencija Srbije (2017): Why invest in Serbia?, unter: <https://bit.ly/2zl4BC6>.

Rödl, Florian (2012): EU im Notstandsmodus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 55(5), S. 5–8.

Rödl, Florian/Callsen, Raphaël (2015): Kollektive soziale Rechte unter dem Druck der Währungsunion. Schutz durch Art. 28 EU-Grundrechtecharta?, Frankfurt a. M.

Schlupp, Frieder (1979): Internationalisierung und Krise – das «Modell Deutschland» im metropolitanen Kapitalismus, in: Leviathan 7(1), S. 12–35.

Schneider, Etienne (2017): Raus aus dem Euro – rein in die Abhängigkeit? Perspektiven und Grenzen alternativer Wirtschaftspolitik außerhalb des Euro, Hamburg.

Schneider, Etienne/Syrovatka, Felix (2017): Die Zukunft der europäischen Wirtschaftsintegration. Blockierte Vertiefung und wachsende Asymmetrie zwischen Frankreich und Deutschland, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 47(189), S. 653–673.

Schrag-Slavu, Stefania (2017): Die Entwicklung des Arbeits- und Sozialrechts in Rumänien, in: Osteuropa Recht 63(3), S. 339–350.

Schulten, Thorsten (2012): Stellenwert der Allgemeinverbindlichkeitserklärung für die Tarifvertragssysteme in Europa, in: WSI-Mitteilungen 65(7), S. 485–495.

Schulten, Thorsten/Müller, Torsten (2013): Ein neuer europäischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen Economic Governance auf Löhne und Tarifpolitik, in: Wirtschaft und Gesellschaft 39(3), S. 291–321.

Seikel, Daniel (2017): Verrechtlichung und Entpolitisierung marktschaffender Politik als politikfeldübergreifender Trend in der EU, in: Leviathan 45(3), S. 335–356.

Silva, António Dias da/Givone, Audrey/Sondermann, David (2017): When do countries implement structural reforms?, ECB Working Paper Series Nr. 2078, Frankfurt a. M.

Simonazzi, Annamaria/Ginzburg, Andrea/Nocella, Gianluigi (2013): Economic relations between Germany and southern Europe, in: Cambridge Journal of Economics 37(3), S. 653–675.

Storm, Servaas/Naastepad, C. W. M. (2015): Europe's Hunger Games: Income Distribution, Cost Competitiveness and Crisis, in: Cambridge Journal of Economics 39(3), S. 959–986.

Syrovatka, Felix (2016): Die Reformpolitik Frankreichs in der Krise, Wiesbaden.

Syrovatka, Felix (2018): Arbeitsmarktregulierung unter Beschuss. Die neue europäische Arbeitsmarktpolitik am Beispiel der Reformpolitik Frankreichs unter Francois Hollande, in: Industrielle Beziehungen 25(1), S. 82–104.

Tacchella, Andrea/Cristelli, Matthieu/ Caldarelli, Guido/Gabrielli, Andrea/ Pietronero, Luciano (2012): A New Metrics for Countries Fitness and Products Complexity, in: Scientific Reports 2, 723, S. 1–7.

Ulber, Jürgen (2010): Die Richtlinie zur Leiharbeit, in: Arbeit und Recht 58(1), S. 10–15.

UN – United Nations (2018): Comtrade Database, New York.

van Gyes, Guy/Vandekerckhove, Sem (2016): Tariflohnstatistiken in Europa. Methodische Schwierigkeiten beim europäischen Vergleich von Tariflöhnen, in: Müller, Torsten/Schulten, Thorsten/ van Gyes, Guy (Hrsg.): Lohnpolitik unter europäischer «Economic Governance». Alternative Strategien für inklusives Wachstum, Hamburg, S. 20–39.

Voss, Eckhard/Vitols, Katrin (2013): Leiharbeit in Europa: zwischen Flexibilität und Sicherheit, in: WSI-Mitteilungen 66(8), S. 580–587.

Weissenbacher, Rudy (2012): Berlusconismo mit guten Manieren. Anmerkungen zur Regierungsumbildung in Italien, in: Kurswechsel Nr. 2, S. 68–75.

IMPRESSUM

ANALYSEN Nr. 49, 1. Auflage
wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 2194-2951 · Redaktionsschluss: September 2018
Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

«Die ökonomische Krise wurde kurzfristig insbesondere auf Kosten der Lohnabhängigen in Südeuropa gelöst. Die ihr zugrunde liegenden Widersprüche wurden jedoch lediglich verlagert und verdichten sich aktuell in Italien. Trotz und gerade wegen ihrer Vertiefung wird die europäische Wirtschaftsintegration zunehmend fragiler.»

